

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Franziska Gminder, Stephan Protschka, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/26224 –**

### **Demografische Krise in der forstlichen Praxis und Forschung durch längerfristige Projektstellen kompensieren**

#### **A. Problem**

Die Fraktion der AfD erklärt, dass die Personalstruktur forstlicher Einrichtungen in Deutschland durch Überalterung gekennzeichnet ist. Ihr zufolge zeigen sowohl die Landes- und Bundesforstbetriebe als auch die Forschungseinrichtungen – z. B. das Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut) – ein hohes Durchschnittsalter der fest angestellten Mitarbeiter – vor allem bei Beamten – auf. Die Antragsteller machen mit Verweis auf eine Kleine Anfrage im Landtag von Brandenburg darauf aufmerksam, dass z. B. der Landesforstbetrieb Brandenburg eine Altersverteilung mit einem hohen Anteil an älteren Beschäftigten zwischen 51 und 60 Jahren aufweist. Die (forstlichen) Landesbetriebe versuchen nach Darstellung der Fraktion der AfD der demographischen Schieflage mit Altersteilzeit und einer Bindung an Projektstellen entgegenzuwirken. Die anstehende Pensionierungswelle wird den Antragstellern zufolge mit Verweis auf einen Zeitungsbericht auch in den Forstberufen entsprechend zahlreiche Neuanstellungen und Verbeamtungen notwendig machen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/26224 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, für den Bundesforst sowie forstliche Forschungs- und Entwicklungsinstitute (Bundesbehörden, z. B. Thünen-Institut) Dauerstellen durch Festanstellungen von mindestens zehn bis 15 Jahren Laufzeit zu schaffen sowie in forstlichen Forschungseinrichtungen des Bundes zukünftig auf Kurzzeitprojektstellen zu verzichten, um dem durch die demographische Schieflage drohenden Wissensverlust entgegenzuwirken.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/26224 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**

Vorsitzender und Berichterstatter

**Isabel Mackensen**  
Berichterstatterin

**Peter Felser**  
Berichterstatter

**Karlheinz Busen**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Harald Ebner**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Isabel Mackensen, Peter Felser, Karlheinz Busen, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 206. Sitzung am 28. Januar 2021 den Antrag auf **Drucksache 19/26224** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der AfD erklärt, dass die Personalstruktur forstlicher Einrichtungen in Deutschland durch Überalterung gekennzeichnet ist. Ihr zufolge zeigen sowohl die Landes- und Bundesforstbetriebe als auch die Forschungseinrichtungen – z. B. das Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut) – ein hohes Durchschnittsalter der fest angestellten Mitarbeiter – vor allem bei Beamten – auf. Die Antragsteller machen mit Verweis auf eine Kleine Anfrage im Landtag von Brandenburg darauf aufmerksam, dass z. B. der Landesforstbetrieb Brandenburg eine Altersverteilung mit einem hohen Anteil an älteren Beschäftigten zwischen 51 und 60 Jahren aufweist. Die (forstlichen) Landesbetriebe versuchen nach Darstellung der Fraktion der AfD der demographischen Schiefelage mit Altersteilzeit und einer Bindung an Projektstellen entgegenzuwirken. Die anstehende Pensionierungswelle wird den Antragstellern zufolge mit Verweis auf einen Zeitungsbericht auch in den Forstberufen entsprechend zahlreiche Neuanstellungen und Verbeamtungen notwendig machen.

Um zeitnah eine ausgeglichene Altersstruktur der Beschäftigten in den genannten Bereichen aufzubauen, könnten nach Auffassung der Fraktion der AfD längerfristige Projektstellen (Laufzeit zehn bis 15 Jahre) geschaffen werden. Neuanstellungen wären ihr zufolge somit einfacher realisierbar. Berufsanfänger und Absolventen würden nach Darstellung der Antragsteller zunächst die Projektstellen besetzen und allmählich in die freiwerdenden Beamtenstellen wechseln. Es würden laut der Fraktion der AfD sofort zahlreiche neue Mitarbeiter eingestellt werden können, ohne dass deshalb neue Beamtenstellen geschaffen werden müssten. Die derzeitige hohe Arbeitsbelastung durch die Bewältigung der Borkenkäferkalamitäten, Windbruch-, Trockenheits- und Dürreschäden in vielen Forstbetrieben könnte somit für sie zeitnah und unverzüglich bewältigt werden.

Die nach Angaben der Fraktion der AfD bereits begonnenen Maßnahmen zur Schaffung einer ausgeglichenen Altersstruktur garantieren langfristig Kontinuität und Wissenstransfer. Gerade in der forstlichen Praxis ist dieser lokale, innerbetriebliche Wissenstransfer aus ihrer Sicht bedeutsam, da jeder Standort/Bestand seine eigene Vorgeschichte und Besonderheiten hat.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass in der Gesamtbilanz bis 2030 in Deutschland fast zwei Millionen (Mio.) Hochschulabsolventen fehlen. Im Gegenzug wird es ihnen zufolge 2,2 Mio. Arbeitskräfte ohne Ausbildung geben, für die kein Bedarf auf dem Arbeitsmarkt entsteht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) erwartet laut der Fraktion der AfD Mängel in der Versorgung des Arbeitsmarktes mit Arbeitskräften, vor allem in den naturwissenschaftlichen und technischen Berufen.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/26224 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. für den Bundesforst sowie forstliche Forschungs- und Entwicklungsinstitute (Bundesbehörden, z. B. Thünen-Institut) Dauerstellen durch Festanstellungen von mindestens zehn bis 15 Jahren Laufzeit zu schaffen,
2. in forstlichen Forschungseinrichtungen des Bundes zukünftig auf Kurzzeitprojektstellen (derzeit ohne Verlängerung üblicherweise nur ca. drei Jahre in Form von Kettenarbeitsverträgen) zu verzichten, um dem durch die demographische Schiefelage drohenden Wissensverlust entgegenzuwirken,

3. den zukünftigen Personalbedarf durch gezielte innovative Marketingkonzepte enger an die einzelnen Studiengänge deutscher Universitäten zu koppeln,
4. ein geeignetes Marketingkonzept zur forstfachlichen Personalgewinnung zu entwickeln und nachbegleitend zu unterstützen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 109. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26224 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 80. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26224 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/26224 in seiner 71. Sitzung am 10. Februar 2021 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, sie könne sich vielen Äußerungen der anderen Fraktionen zum Antrag der Fraktion der AfD inhaltlich nahezu uneingeschränkt anschließen. Der Antrag der Fraktion der AfD beinhalte wenig Innovatives und Neues. Die schwierige Situation in der forstwirtschaftlichen Praxis sei von Seiten der Politik bereits erkannt worden. Es werde von ihr massiv gegengesteuert. Das Wissen in der Forstwirtschaft bleibe erhalten, auch wenn in Projekten gearbeitet werde, weil in der Regel die gleichen Menschen bei Projekten wieder zum Einsatz kämen. Bei den Ressortforschungseinrichtungen des Bundes seien aufgrund einer angemessenen Planstellenausstattung Festanstellungen die Regel. Einige Fraktionen hätten darauf hingewiesen, dass an den Hochschulen die Nachfrage nach Forststudenten steige und die Zahl der Studierenden zunehme. Die Attraktivität müsse natürlich durch die Arbeitgeber sichergestellt werden. Es sei bereits erkannt worden, dass das forstliche Personal in der Fläche in den vergangenen Jahrzehnten möglicherweise zu sehr ausgedünnt worden sei. Auch da werde bereits intensiv gegengesteuert. Die Länder seien hier weiterhin am Zuge und in der Pflicht. Diesbezüglich seien gute Ansätze zu erkennen. Die Kooperation zwischen Bund und Ländern gelinge ohnehin erfolgreich. Deswegen lehne sie den Antrag der Fraktion der AfD ab.

Die **Fraktion der SPD** betonte, sie könne sich der Analyse anderer Fraktionen bezüglich der Situation der Landesforsten anschließen. Die Feststellung sei richtig, dass bei den Landesforsten in den letzten Jahrzehnten, wobei beim Wald generell in einer solchen Zeitspanne gedacht werden müsse, beim Personal viele Stellen eingespart worden seien. Die Berichterstatterin der Fraktion der SPD habe sich als vormalige Referentin der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz wiederholt mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie bei den Landesforsten Rheinland-Pfalz mit der Pensionierungswelle und mit dem Nachwuchs umgegangen werden sollte. Die Fraktion DIE LINKE. habe zu Recht die Situation hinsichtlich der Waldarbeiter angesprochen. Die studierten Forstwissenschaftler seien wichtig, aber es würden auch Waldarbeiter gebraucht, die vor Ort diejenigen Sachen umsetzen müssten, wie sie gerade im Bereich der Verjüngung des Waldes diskutiert würden. Das passiere bereits in vielen Ländern. Der Bund könne sich die Frage stellen, inwieweit er diese Dinge finanziell unterstützen und die Länder in diesem Bereich besser ausstatten wolle, was nichts daran ändere, dass hier eine Länderaufgabe vorliege. Es sei die Aufgabe der Bundespolitik, darauf zu achten, dass bei den Forschungseinrichtungen des Bundes im Bereich Forsten auf diese Problematiken ausreichend reagiert werde. Die Bundesregierung sei dabei, die Einstellungen bei seinen Instituten entsprechend zu organisieren. Sie habe die demografische Entwicklung im Blick und steuere mit einer angemessenen Planstellenausstattung einem möglichen Personalmangel entgegen, zumal Attraktivität eine große Rolle spiele. Der öffentliche Dienst habe im Vergleich zur Privatwirtschaft häufig den kürzeren Hebel. Gerade bei der Dramatik der aktuellen Situation des Waldes müsse der Personalausstattung bei der forstlichen Praxis und Forschung eine besondere Bedeutung zugemessen werden. Die Konsequenzen im Antrag der Fraktion

der AfD seien allerdings nicht die richtigen. Zudem negiere er, dass sowohl auf Seiten der Länder als auch des Bundes die bestehenden Probleme erkannt und zuletzt Vieles auf den Weg gebracht worden sei.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, das Thema Waldumbau, klimastabile Wälder und die Kombination Wald mit Wild sei nicht durch kleine Stellschrauben, indem z. B. Nachtsichtgeräte erlaubt oder Schonzeiten aufgehoben würden, zu lösen. An diese Herausforderung müsse grundsätzlicher herangegangen werden, was der Antrag der Fraktion der AfD mache. Wenn es um das Personal in forstlichen Einrichtungen gehe, wüssten alle, dass in den Ländern, aber auch beim Bund und dessen Forschungseinrichtungen, eine deutliche Überalterung zu spüren sei. Die dortigen älteren Mitarbeiter seien wertvoll und wichtig, weil sie das Wissen, welches im Forst gebraucht werde, über Jahrzehnte hinweg angesammelt hätten. Bedauerlicherweise werde in den nächsten Jahren die gegenwärtige Personalstruktur wegbrechen. Ihr Antrag ziele darauf ab, diese personelle Struktur bei der forstlichen Einrichtungen neu aufzustellen. Dass sei zwingend erforderlich, weil stabile Personalbestände nicht nur für den Waldumbau, sondern auch zur Bewältigung der großen Kalamitäten im Wald, z. B. dem Borkenkäferbefall und den Dürreschäden, sowie für die Wiederbepflanzung – erst jüngst habe der Bund Millionen Euro für die Wiederaufforstung nach der Dürrezeit zur Verfügung gestellt – dringend benötigt würden. Das alles müsse von den Mitarbeitern der forstlichen Praxis gestemmt werden. Leider sehe es bei ihr personell nicht gut aus. Bei z. B. den forstlichen Forschungseinrichtungen des Bundes und beim Bundesforst gebe es vor allem Projektstellen, die stets auf zwei oder drei Jahre befristet seien. Dadurch gebe es bei den Beschäftigten eine Unsicherheit, ob ihre Stelle verlängert werde oder nicht. Manche Stellen würden wegbrechen, weil es nach ein oder zwei Jahren erst wieder Mittel für sie gäbe. Die jungen Mitarbeiter hätten dadurch keine ausreichende Planungssicherheit für ihre berufliche und familiäre Zukunft. Sie verließen häufig die Forstwirtschaft, womit ihre Erfahrung wegfielen. Projekte bei der Saatgutforschung und Saatgutvermehrung seien Dinge, die mindestens zehn bis 15 Jahre von Projektleitern betreut werden müssten. Deren Erfahrung und Kompetenz dürfe nicht durch so genannte Kettenverträge wegbrechen. Die Fraktion der AfD fordere daher in ihrem Antrag, Dauerstellen durch Festanstellungen von mindestens zehn bis 15 Jahre zu schaffen. Dadurch würde Planungssicherheit geschaffen und die jungen Menschen anders an den Forst gebunden. Notwendig sei zudem ein geeignetes Marketingkonzept zur forstlichen Personalgewinnung. Die Bundeswehr habe mit ihren Marketingmaßnahmen erfolgreich praktiziert, wie ein Berufsbild attraktiver dargestellt werden könne, in dessen Folge auch „andere“ Bewerber zu ihr gekommen seien.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, ebenso wie andere Fraktionen sei sie der Ansicht, dass die aktuellen Probleme in den Wäldern viel weitreichender seien als nur der reine Personalmangel in den Forstverwaltungen, wie er im Antrag der Fraktion der AfD thematisiert werde. Akute Probleme in den Wäldern seien oft auch das Ergebnis struktureller Probleme in den Landesforsten. Den jahrelangen Stellenabbau durch, wie von der Fraktion der AfD gefordert, langfristige Planstellen auszugleichen, helfe hier nicht unbedingt weiter. Die Fraktion der FDP fordere seit langem unbürokratische Entscheidungsstrukturen bei der Schadensbeseitigung, der Wiederbewaldung und bei der Waldbrandbekämpfung. Noch immer gebe es in Deutschland keine vernünftige Breitbandnetzabdeckung in den Wäldern. Es fehle zudem weiter massiv an digitalen Lösungen im deutschen Wald. Viele private Forstdienstleister und Forstunternehmer seien diesbezüglich an vielen Stellen schon weiter. Technologien und Kompetenzen sollten bei diesen Unternehmern und Dienstleistern zu fairen Bedingungen eingekauft werden. Erfreulicherweise sei die Zahl der Studierenden in den Forstwissenschaften in den letzten Jahren gestiegen. Forstabsolventen würden sich allerdings attraktive Arbeitgeber suchen und sich auf dem Arbeitsmarkt entsprechend umschauen, was eine Herausforderung für die Forstverwaltungen sei. Der Antrag der Fraktion der AfD schiebe die Probleme der Forstverwaltung auf die „lange Bank“. Deswegen lehne die Fraktion der FDP den Antrag der Fraktion der AfD ab.

Die **Fraktion DIE LINKE** legte dar, das im Antrag der AfD thematisierte Problem sei nicht neu. Der Ausschuss hätte bereits „x-mal“ darüber gesprochen, dass in Deutschland insbesondere ausreichend Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter für die Aufgaben im Forst gebraucht würden. Zudem sei im Ausschuss wiederholt richtigerweise festgestellt worden, dass beim Forstpersonal seit Jahren auf allen Ebenen Fehler gemacht worden seien. Die Schlussfolgerung im Antrag der Fraktion der AfD, Projektstellen mit zehn Jahren Laufzeit zu schaffen und danach die Mitarbeiter wieder gehen zu lassen, gehe aus Sicht der Fraktion DIE LINKE völlig am Problem vorbei, weil gerade im Wald langfristige Projekte und Aufgaben benötigt würden, die nicht nur mit dem Waldumbau zu tun hätten, sondern auch mit zahlreichen offenen Fragen, die von den Verantwortlichen sehr lange liegen gelassen worden seien. Dazu gehöre u. a., wie der zukünftige Wald aussehen sollte, wie er sich unter den derzeitigen Bedingungen weiterentwickeln könnte und wie mit dem Wild im Wald umgegangen werden sollte. Deswegen sei

z. B. deutlich mehr Wald- und Wildforschung notwendig, als sie derzeit stattfindet. Die Lösung könne nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. nicht dermaßen aussehen, über länger andauernde Projektstellen zu gehen, sondern feste Stellen zu schaffen, weil die Aufgaben im Forst über Generationen blieben. Die Fraktion DIE LINKE. finde es irritierend, wenn fraktionsübergreifend gesagt werde, dass für den Wald eine Zeitperspektive gebraucht und es sich um eine Generationenaufgabe handle, aber, wenn es um die Übernahme von Aufgaben im Wald gehe, von den Verantwortlichen beim Personal immer kurzatmig gehandelt werde. Es müsse hier eine klarere Perspektive für die Beschäftigten geben. Dazu gehöre auch eine anständige Bezahlung. Die Frage der Nachförderung sei richtig und notwendig. Aber ihr Eindruck sei, dass es um die soziale Perspektive für Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter sowie Försterinnen und Förster gehe, weil die Attraktivität dieser Berufe eigentlich vorhanden sei. Die Berichterstatterin der Fraktion DIE LINKE. erlebe viele junge Leute, die gerne im Forst arbeiteten und sich dort ausbilden lassen wollten, aber regelmäßig entweder am Tarifsystem oder an der Kurzfristigkeit der Einstellung scheiterten. Es sei dringend notwendig, dass es für die Beschäftigten langfristige soziale Perspektiven gebe, weswegen sie den Antrag der Fraktion der AfD ablehne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Grundaussage des Antrages der Fraktion der AfD, dass es Personalprobleme in der Forstverwaltung in Deutschland gebe, sei durchaus real, aber sowohl die Analyse als auch die im Antrag dargelegten Lösungen seien aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fehlgeleitet. Das Problem, was das Personal in den Forstverwaltungen angehe, seien die Stellenpläne und nicht der fehlende Nachwuchs. Die Fraktion der FDP hätte richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Attraktivität bei den Forstwissenschaften gegeben sei, d. h. die jungen Menschen ein attraktives Studienfach studieren wollten. Allerdings habe die staatliche Forstverwaltung bei den späteren Absolventen schlicht und ergreifend Konkurrenz durch die Privatwirtschaft. Der öffentliche Dienst sei immer dann attraktiv, wenn andere Stellen in der Wirtschaft nicht so häufig angeboten würden. Dieser Situation müsse die Politik ins Auge schauen. Durch Projektstellen, wie im Antrag der Fraktion der AfD gefordert, werde die Politik das Problem nicht lösen können. Kritisch anzumerken am Antrag der Fraktion der AfD sei zudem, was der Bund bei dieser Thematik mit der Situation in den Ländern zu tun habe. Der Deutsche Bundestag sei der falsche Adressat für den Antrag der Fraktion der AfD. Es handle sich um eine Herausforderung, die die Länder lösen müssten. Deshalb gehe der Antrag in seiner weitgehenden Gänze ins Leere und werde abgelehnt.

## 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26224 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

**Alois Gerig**  
Berichterstatter

**Isabel Mackensen**  
Berichterstatterin

**Peter Felser**  
Berichterstatter

**Karlheinz Busen**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Harald Ebner**  
Berichterstatter

